

Bestandtheil der
unveränderlichen mit Wochenspa-
ren der Gewinns- und Verlustrechnung.
Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 M.
vierteljährlich frei und franco. Durch-
schneide die Post bezogen 1.65 M.
"Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Volkshblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Insertionspreis:
nachdem für die halbjährliche
Beitragende oder deren Raum
15 Pf., für Wohnungs-,
Werbungs- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.
Inserate für die tägliche
Raumzahl müssen spätestens bis
sonntags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 6645.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

Telegraph-Adresse: Volkshblatt Halle/ans.

Wotto: für Wahrheit und Recht.

Nr. 50.

Halle a. S., Dienstag den 28. Februar 1893.

4. Jahrg.

Das deutsche Reich und die deutschen Künste.

Meine Herren, die außergewöhnliche Armlosigkeit der für die Kunst ausgeworfenen Summen erschelt, wenn man diese Summen anderen Staatszwecken gegenüberstellt. Eine solche Gegenüberstellung der trockenen Ziffern spricht Bände.

Für das germanische Museum zu Nürnberg sind im Etat 48 000 M., für das römisch-germanische Museum zu Mainz 15 000 M., für die Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen 20 000 M., also in Summa 83 000 M. angesetzt worden, während der Etat des Innern an stehenden Ausgaben — ohne die außerordentlichen — 26 Millionen beansprucht. Ganze 83 000 M. werden dem Volk in Gestalt von Kunstgegenständen geschenkt, während ihm 676 Millionen Mark an Steuern und indirekten Steuern per Jahr abgenommen werden.

Für die deutsche Kunst reicht eine Baujahressumme von 83 000 M. aus, während sich die Ausgabe des Gesamtstaats auf 1278 950 571 M., d. h. auf mehr als 1 1/2 Milliarden belaufen. Die Kunst mag mit 83 000 M. betteln gehen, wenn sie küniglich ist; wir haben genug mit dem Bummel zu thun, unsere Schulden für Bundesstaaten und Reich haben die ansehnliche Höhe von 12 Milliarden erreicht. — Für die kriegerischen, kühnen Künste ganze 83 000 M. — für den Militäretat 477 Millionen und mit den Kosten der durchgeführten Militärvorlage 530 Millionen, so daß seit 1872 für militärische Zwecke 14 Milliarden verausgabt worden sind.

Diese Angaben dürften zunächst als Beweismaterial für meine Zwecke genügen. Ja, dieses Zahlenverhältnis ist vielleicht geeignet, zum Nachdenken über die Forderung deutscher Kunstförderungen Veranlassung zu bieten und die teutonische Prahlerei und Aufschneidererei einzuschränken.

Man wende mir doch nicht ein, in Preußen, Bayern, Meiningen, Sachsen u. s. w. werden jährlich Millionen für Kunstzwecke verausgabt. Das ist nicht richtig, da es sich hier nicht um die Förderung der mecklenburgischen, lippschen, bückeburgischen, greiz-schleier-lobensteinischen u. s. w. Kunst handelt, sondern um die deutsche. Sie soll vorangehen, und zwar gestützt auf das Reich.

So wenig ich nun die eingestellten Summen als zu hohe bemängeln, so wenig fordere ich unter den heutigen Umständen ihre Erhöhung, weil die Kunst sich unter das laubdünne Joch des Kapitalismus gebeugt hat, den sie — ohne selbst eine respektable Höhe erreichen zu können — auf den sozialen, patriotischen, politischen und religiösen Gebieten verherichtet, und zwar einseitig verherichtet unter Vernachlässigung des allgemeinen Menschlichen. So ist es denn die moderne Kunst selbst, welche gegen ihre eigenen Produktionsüberwindlichen Kämpfer kämpft.

Meine Herren, Sie werden mir vielleicht mit einem Schein von Recht entgegenhalten, daß die Sozialdemokratie der kapitalistischen Kunst nicht nur mit unüberwindlichen Widerständen, sondern, daß sie überhaupt aller Kunst teil-

nahmslos gegenübersteht. — Der gewöhnliche bürgerliche Bildungspolitiker, sowie der kapitalistische Preßhals behaupten sogar, daß die Sozialdemokraten alles „verungernieren“ wollten, es soll heute noch geübt sein Willende geben, die denselben bornierten Standpunkt teilen.

Das, was auf diesem Felde gegen den Kommunismus gesagt werden kann, das ist vor etwa 40—50 Jahren in klassischer Form von Heinrich Heine ausgesprochen worden. Er sagte:

Mit ihren schwierigen Händen werden die finsternen Bildhauer erbarmungslos alle Marmorstatuen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind, sie werden all dieses profanische Spielzeug und Feitervort der Kunst zertrümmern, das der Poet so liebt! u. s. w.

Dieses Urteil ist — trotzdem es das eines großen Künstlers und eines guten Revolutionärs gleichzeitig ist — so grundfalsch wie die vorhergehenden; was sie aus meinen Schlussfolgerungen ziehen wollen. —

Ich erwähnte vorher die Bourgeoisie-Preße. Sie stellt den Sozialismus z. B. in ihren Blättern als Judaschnecker dar, der Kunst, Wissen und Kultur niedertritt und knebelt. Und das geschieht bis heute. Und es beweist doch schließlich nichts weiter, als daß der Witz unter kapitalistischer Herrschaft auf den Hund gekommen ist.

Nein, die Dinge liegen doch anders! — Denn auch die Sozialdemokratie anerkennt die Kunst als eine der höchsten Werten des gesamten geistigen Lebens, als einen Kulturfaktor ersten Ranges. Sie wünscht mit der Hebung der leidlichen Lebenshaltung und der Durchschnitteinbuhr der allgemeinen Bildung des Volkes so weit zu gehen, daß die Kunst allem Volke zugänglich und verständlich wird.

Das zu erreichen ist bei der herrschenden Wirtschaftsweise, bei der heutigen Durchschnittsbildung — die alle Parteien außer der Sozialdemokratie aufrecht erhalten — bei der Durchschnittsbildung, welche die sogenannte Volksschule verleiht, die nichts weniger und nichts mehr als eine Klaffschule, und zwar eine sehr schlechte, eine Armenschule ist — ganz unmöglich. Denn die heutige dürftige Volksschule ist das stricke Gegenteil der allgemeinen Volksschule, das Gegenteil einer wirklichen Kulturstätte.

Mit der Bildung der Massen kommen Sie in dem kapitalistischen Staate nicht vorwärts, der Gegenwartsstaat steht somit der wahren Zivilisation entgegen. Bezeichnen Sie ihn als Klaffen-, Bourgeois- oder Nachwachstumsstaat, — aber verweisen wäre es, ihn als Kulturstaat benennen zu wollen, da er die Unbildung, Unfreiheit und Unkultur der Massen zur Voraussetzung und auch zur Konsequenz hat. Das ist eine Vergegnung des Volkes. Für diese geistige Vergegnung, wie für die materielle trägt der Kapitalismus die ungeheure Doppellast einer Verantwortunglichkeit vor der Weltgeschichte.

Damit genug! Wer so zu der Bourgeoisie über Kunst und Volk redet, der spricht nicht „zur Sache“. Darum

wollen wir es uns merken, reißt in uns gehen und den Pfad der Besserung besreiten. —

Politische Ueberfahrt.

Die vernichtet die Sozialdemokraten durch die Zukunftsstaatsdebatten worden sind, geht auch aus folgendem Bericht der „Allg. Zig.“ aus Nürnberg hervor: „Herr Grillenberger hat sich dem Reichstage einige Tage Urlaub geben lassen, offenbar um hier in seinem Wahlkreise die Stimmung zu sondieren. Er kam mit dem Ergebnis zufrieden ein. Eine getrige Volkverammlung — in der er über Reichstag, Zukunftsstaat und Militärvorlage gesprochen hat — war von der Arbeiterschaft so riefig besucht, und der Jubel, mit dem er von der Versammlung empfangen wurde, war so groß, daß deutlich klar geworden ist, wie diejenige sich getäuscht haben, die sich von den jüngsten Erörterungen im Reichstage über den Zukunftsstaat irgenwelche Ersäuterung der Sozialdemokratie verprochen hatten.“ Und an anderen Orten ist die Stimmung keine andere.

Reichstagsabgeordneter Müller hat, nachdem die Wahlprüfungskommission seine Wahl für ungültig erklärt hatte, es vorgezogen, vor der Verhandlung über die Wahl sein Mandat niederzulegen. Müller war im Wahlkreise Dortmund in der Stichwahl mit 19 887 gegen 17 014 Stimmen, welche sein sozialdemokratischer Gegenkandidat erhielt, gewählt worden. In der Hauptwahl hatte Müller 11 819 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat 10 422 Stimmen, der Zentrumskandidat 10 191 Stimmen, der freiwirtschaftliche Kandidat 4157 Stimmen, ein besonderer demokratischer Kandidat 1092 Stimmen erhalten. Die Wahlprüfungskommission hat nun, wie f. B. berichtet, als erwiesen angenommen, daß in Folge der Arbeit in sämtlichen Bezirken einer unangenehmsten Kontrolle in Bezug auf ihre Abstimmung unterworfen worden sind, und deshalb die in Folge abgetretenen 1889 Stimmen der Stimmengabe für Müller abgezogen. Hiernach hätte nicht Müller, sondern der Kandidat des Zentrums in der Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kommen müssen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand ist denn auch die Ungültigkeitserklärung beschlossen worden.

Wie dem Staate das Wohl seiner Bürger am Herzen liegt, zeigt die folgende Nachricht aus Friedrichshagen. „Nach dem Gesetz vom 21. Juli v. J. sollen auch die Unterbeamtenstellen bei den Kommunalverwaltungen durch Militäranwärter oder Militäranwärterin besetzt werden. Demzufolge haben der Amtsdirektor Niemtschneider und der Polizeibeamte Goman in Friedrichshagen am 15. d. M. ihre Kündigung zum 15. Mai d. J. erhalten, obgleich sie sich schon seit Jahren in dem dortigen Dienste befinden. Sie besitzen aber keinen Zivilverordnungschein und sind nicht Militäranwärter. Für jene Stellen, deren Jahresentlohn 1050 M. betragen, werden unter dem 17. d. M. durch den Amtsvorsteher Drachholz zivilverordnungs-

50)

Jolly Morrison.

Roman von Franz Boretz.
Autorisierte Uebersetzung von A. Weigel.
(Fortsetzung.)

[Nachdruck verboten.]

„Ach, Richard — Du nimmst auch alles gleich so tragisch; ich habe wirklich noch nicht an meinem Vater gedacht.“

„Das sehe ich und nun wollen wir von Jolly sprechen. Gekommen sagst Du mir, Du liebst sie?“

„Das sage ich auch heute noch, Richard.“

„Und glaubst Du nicht, daß auch Jolly in Betracht käme, wenn Du zu Grunde ginge?“

„Nolan feuchte; dann sagte er: „Ach, wenn Du fests bei mir wärest, ich käme gewiß nie in Unlegenheiten!“

„Nun, davon später! Jetzt gib mir Dein Ehrenwort, niemals wieder Absinth und andere dergleichen Nahrungsmittel zu berühren.“

„Aber, Richard, das ist zu viel verlangt. Wie soll ich's denn machen, wenn Bekannte mir Zutrinken und mich anfordern, ihnen Absinth zu thun?“

„Aber Dir Absinth Zutrinken, verdient wohl kaum, daß Du ihm Absinth thust. Wie ist's, Nolan, gibst Du mir Dein Ehrenwort?“

„Nolan, Richard, hier meine Hand — ich will nie wieder einen Tropfen Absinth trinken.“

„Nun, jetzt wollen wir von Jolly reden.“

„Erträumte ich heute morgen, oder hast Du mich wirklich noch ihrer Adresse gefragt?“

„Das ist ja — ich habe sie besucht.“

„Ah — hoffentlich war sie nicht — unhöflich?“

„Die Wahrheit zu sprechen, war sie nicht besonders liebens-

würdig.“ lächelte Richard, indem er an die Volkshaus dachte, welche Frau Ely nicht besetzt hatte.

„Du weißt ja — Künstlerinnen haben ihre Launen, Richard — Du hältst sie doch auch für eine bedeutende Schauspielerei?“

„Nein“, gab Bane zurück, „ich möchte sogar behaupten, daß sie gar keine Schauspielerei ist. Wie ich die dramatische Kunst auffasse, besteht dieselbe darin, einen fremden Charakter möglichst getreu wiederzugeben und das thut Jolly entschieden nicht — sie irrt nur sich selbst!“

„Nun — Du magst recht haben. Es thut mir leid, daß sie nicht höflich gegen Dich war — gewiß hat sie's nicht böse gemeint.“

„Auch das möchte ich bezweifeln; da ich sie aber nicht besuchte, um mir ein Urteil über ihre Umgangformen zu bilden, so kommt ihr Benehmen gegen mich nicht in Betracht. Ich suchte sie auf, um mir Gewissheit darüber zu verschaffen, daß sie ein gutes Mädchen ist.“

„Das ist sie!“ rief Nolan.

„Ja, die Art und Weise, wie sie ihren Vater behandelt, empfehle ich Dir zur Nachahmung.“

„Wirklich? Was hast Du denn gesehen?“

„Jolly wünscht nicht, daß andere davon erfahren, und so muß ich schweigen.“

„Jolly wollte, sie ginge auf meinen Vorschlag, den alten Warren ins Zrennhaus zu sperren, ein; aber sie will nichts davon hören.“

„Sie muß Dich sehr lieb haben, wenn sie Dir diesen Vorschlag verweigert — wie ich sie beurteile, wird auch nur der Tod sie von ihrem Vater trennen.“

„Auch hierin magst Du recht haben.“

„Bist Du Dir darüber klar, Nolan, was es heißt, wenn sie sich nicht von ihrem Vater trennt?“

„Gewiß, es hat mich oft genug geärgert.“

„Um — darfst Du auch daran, als Du ihr sagtest, daß Du sie liebst?“

„Ei freilich.“

„Und sie nahm Deine Bemerkung an?“

„Ja.“ Nolan antwortete ruhig an seinem Schurzort — er ahnte, was nun folgen würde, und fuhr hastig fort: — „Wir haben gestern schon alle möglichen Pläne gemacht — wir wollen ein hübsches Häuschen mit Stallung mieten und eine Bonny-Quinque anschaffen.“

„Ich dachte nicht, daß es schon so weit wäre, aber seit ich Jolly heute gesehen habe, kann ich Dir von Herzen gratulieren, Nolan, ein Mädchen, welches seinen Vater so aufopfernd liebt, wird auch ihren Gatten lieben können und —“

„Ihren Gatten, Richard?“ wiederholte Nolan hart vor Schreden.

„Ja — so sagte ich — was fällt Dir denn daran auf?“

„Nur eine Kleinigkeit — ich habe durchaus nicht die Absicht, Jolly zu heiraten.“

„So? was war dann Deine Absicht, wenn ich fragen darf?“ sagte Richard mit scharfer Betonung.

„Um — es sollte alles bleiben wie es ist.“

„Ich verstehe Dich nicht — sprich deutlicher.“

„Nun — ich habe Jolly geliebt, der Unterschied zwischen ihrer und meiner gesellschaftlichen Stellung gestatte es mir nicht, sie zu heiraten.“

„Und wann hast Du ihr das gesagt?“

„Gestern abend. Anfangs war sie sehr zornig — ich glaube sie dachte, ich hätte ehevolle Absichten. Aber als ich ihr dann später begrifflich machte, daß es sich nur um ein freundschaftliches Verhältnis handelte, ward sie wieder vernünftig. Sie verzicht mir und dann machten wir Zukunftspläne.“

„Das geschah, nachdem Ihr mich verlassen hattet?“

beredigte Bewerber gesucht. Diese Maßregel erscheint im Hinblick darauf, daß fernerzeit bei der Uebernahme der Privat-Eisenbahnen durch den Staat das Bemühen um deren Stellung verliert, besonders dort. Hier hat also, wenn auch indirekt, der Staat Arbeiterarlos gemacht, um „seine“ Leute, alte ausgediente Soldaten, an deren Stelle zu setzen. Der Staat vermehrt das Heer der Arbeitslosen! Eine schöne Welt!

Als Beweis gegen den Rothrand führte bekanntlich im vergangenen Monat Minister v. Bötticher an, es habe noch niemand den preussischen Handelsminister um Arbeit angeprochen. Ein seit sieben Wochen Arbeitsloser glaubte dadurch einen Weg, um Arbeit zu erhalten, gefunden zu haben. Er wanderte sich am 28. v. M. unter der Darlegung, daß er seit sieben Wochen arbeitslos sei, daß seine Habe bereits verpfändet und daß er lange auf Staatswerftarbeiten gearbeitet, sowie daß seine Unfähigkeit durch einen durchweg bestätigten, von dem Handelsminister v. Welckhoff. Was war der Erfolg? Zunächst wurde der Arbeitslose auf dem Polizeirevier vernommen und dann am 19. Februar vom — Polizei-Präsidenten dahin bechieden, daß das Polizei-Präsidium „nicht in der Lage sei, kein Herr Handelsminister die Beschaffung einer Beschäftigung oder die Gewährung einer Unterstützung zu beantragen“. Der Antragsteller möge sich — an die Armen-Direktion wenden, „beziehungsweise wegen Erlangung einer Unterstützung sich selbst bemühen“. Jetzt erkennt vielleicht der Herr Minister, warum kein Arbeiter seinen Ministerkollegen um Arbeit ansprach, und ist nächstens in der Katerstellung an Arbeitslose etwas vorfindig, wenn der Arbeiter nicht annehmen soll, daß er wegen seiner unverschuldeten Arbeitslosigkeit gar noch geprübelt werden soll.

Aus dem Reichs des Herrn v. Stephan. Die Postboten, so schreibt man der „Frei. Bl.“ aus Mittelhessen, verbreiten jetzt unentgeltlich bei ihrem Dienstwege die Broschüre aus dem Militär-Präsidium: „Aufklärung über die Militärverträge.“ Schleicht dies auf Anweisung der Herrn v. Stephan oder ist dies nur ein Versuch der Post, welche einer lokalen Autorität zur Lauffähigkeit? Es wäre interessant, die Antwort auf diese Frage zu erfahren!

Der „Rentier“ Ahlwardt sagte in einer Rede u. a.: „Spinosa habe die Verdienste eines Catechismus und anderer zumutiger, die jüdische Presse hat kein Verdienst in alle Welt finanzpolitisch, und nun ist er der große Mann, und es giebt genug Deutsche, welche sich von diesem Spinowbel gefangen nehmen lassen.“ — Hierzu bemerkt das konservative „Fremdenblatt“: „Im Namen der Wissenschaft müssen wir diese frivole Zumutung, als ob ein Geist wie Spinosa sich mit fremden Herrn geschmeichelt habe, energisch zurückweisen. Entweder hat Herr Ahlwardt blinder Fanatismus oder absolute Unkenntnis der modernen Philosophie zu dieser gewagten Behauptung verleitet. Zu seiner Ehre nehmen wir das letztere an.“ — Warum löst das letztere? Das „Fremdenblatt“ hätte getroßt beides annehmen können.

Der Fall Stee. Im Großen Rat des Kantons Bern wurde die, der „Bund“ berichtet, die Angelegenheit Stee endgültig erledigt. Der in den Großen Rat gewählte Sozialdemokrat Friedrich Stee hat bekanntlich den von der Berner Regierung vorgeschriebenen religiösen Eid unter Berufung auf die in der Bundesverfassung gewährleistete Gewissensfreiheit verweigert, worauf ihm der Große Rat den Eintritt verweigerte. Stee ergriff dagegen Rekurs an den Bundesrat, und der ihm recht gab, weil Bundesrecht vor Kantonsrecht gehe, und der ihm erlaubte, den Eid in Form eines Gelöbnisses („Ich gelobe auf Ehre und Gewissen“) zu leisten. In der Sitzung des Großen Rats am 20. v. M. kam dieser Entscheid zur Verhandlung. Dürrenmatt beantragte, dem Bundesrat an die Bundesversammlung zu appellieren, die große Mehrheit aber gab sich zurück und beschloß, das Gelöbnis Stees entgegenzunehmen. Der Präsident forderte hierauf die Mitglieder des Rates in gewohnter Weise auf, sich von ihren Eiden während der Gelöbnisablegung Stees zu erheben. Dürrenmatt erklärte, es sei dies nicht nötig, da ein bloßes Gelöbnis kein religiöser Akt sei. Das Präsidium widersprach dieser Auffassung; gleichwohl blieben nun, während Stee das

Gelöbnis ablegte, eine Anzahl Mitglieder des Bundes (Kantone) in demonstrativer Weise sitzen. Diese Demonstration ist unschädlich, Stee ist Großrat.

Berlin, 25. Februar. Heute nachmittags gegen 3 Uhr erschien der Abgeordnete Ahlwardt im Reichstage. Der Redakteur Boshart von dem freistündigen „Gothaischen Tageblatt“ hat über die Zustände in der Gefangenanstalt zu Jüterbog in seinem Blatte Mitteilungen gemacht. Auf Veranlassung des gothaischen Staatsministers Streng soll wegen dieser Veröffentlichungen, welche fast in der gesamten Presse wiedergegeben worden sind, gegen den Redakteur Boshart strafrechtliche Verfolgung eingeleitet worden sein.

Stuttgart, 23. Februar. Dem Reichstagsabgeordneten Herrn v. Münch wurde nach dem „Schw. M.“ bis zur Erledigung seiner Angelegenheit durch den Reichstag Strafausschub bewilligt, nachdem die Mitteilung des Reichsanwalters, gegen von Münch sühne kein Strafverfahren, vom Reichstag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen wurde.

Fürth, 24. Februar. Die Sozialdemokraten hoben den bereits im Vortage dauernden Boykott gegen die Frauereit Ewora auf, nachdem die Arbeiter zur Wiedereinstellung dreier Arbeiter sich bereit erklärt hatten.

Madrid, 25. Februar. 3500 Arbeiter trafen hier gestern Abend in einen Zustand ein. In ihren Verhandlungen wurden vielfache Rufe laut: „Es lebe die Republik!“

Verdächtigung. In dem Beirathel in der letzten Sonnabendnummer muß es in dem vorletzten Absätze, Zeile 5 von unten heißen: „wie ich von Dir fort in die Wüste“ nicht Welt!

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 24. Februar, 1. Mrz. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Dr. Kayser u. a. Zunächst wird die Novelle zu dem Gesetz, betr. die Funktionen der Bundesbeamten in dritter Lesung ohne Diskussion angenommen. Sodann wird die zweite Einberufung des Reichstags des Innern fortgesetzt. Die Debatte über das Kapitel „Rechts-Versicherungsamt“ dauert fort.

Schmidt-Eberfeld (frei.) führt Beispiele darüber, daß an manchen Orten die Polizeibehörden die Arbeiter für veruntreutes Einleiten der Karten verantwortlich machten, während in Wahrheit die Arbeiterbetreuer verantwortlich seien. Weiter müsse er hervorheben, daß erst das Eintreten der Sozialdemokraten das Volk veranlaßt hätte, eine erhöhte Fürsorge für die Arbeiter zu entfalten. Er erinnere daran, daß Fritz Hartori schon 1844 vieles von dem praktisch durchgeführt habe, was die Sozialdemokraten heute noch erstreben, so den Normalarbeitstag, obwohl er in den Augen der Sozialdemokraten auch ein Ausbeuter der Arbeiter sein würde.

Staatssekretär v. Bötticher freut sich, daß die sozialpolitische Gesetzgebung auch bei Parteien fürsprache finde, die derselben von Anfang an wenig Sympathien entgegengebracht hätten. Ueber das gerügte Verfahren der Polizeibehörden sei ihm nicht bekannt, jedenfalls hat das Reichsversicherungsamt seine Willkür, auf die Organe der Polizei einzugehen. Es werde indes die Prüfung durch die Eingekerkerten veranlassen.

Hofmann (so.) behauptet sich darüber, daß den Rentnernpängern bei der Auszahlung der Rente vielfach Schwierigkeiten bereitet würden. Heute, die früher einmal selbständige Arbeiter waren, seien abgewiesen worden, obwohl sie ihre Beiträge regelmäßig bezahlt und schon lange nicht mehr schuldhaft waren. Einem Arbeiter sei die Rente vorenthalten worden, weil er die Quittung nicht habe unterzeichnen können. Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, daß der Arbeiter die Quittungsfaktore in Händen habe, also jede Nachlässigkeit oder Unterlassung des Arbeitgebers kontrollieren könne. Das Verfahren, die Rente wegen Mangel der Unterfertigung vorzunehmen, werde allerdings dem formellen Recht entsprechen, wenn es auch nicht genügt haben würde, daß sich der Vorkamite von der Identität des Rentnernpängers überzeuge. In dem Falle der Vorenthaltung einer Rente an früherer Weise müsse eine Minderung des Gehalts eintreten.

Dr. Buhl (natl.) bringt die Fälle zur Sprache, in denen keine der angemessenen Berufsgeheimlichkeiten bei einem Unfall zufällig sein sollte; man könne doch verlangen, daß die Berufsgeheimlichkeit in einem solchen Falle dem Allgemeinen die Geheimhaltung angebe, an die er sich zu wenden habe.

Staatssekretär v. Bötticher antwortet, daß für diese Fälle in der aufgestellten Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ein besonderes Verfahren vorgesehen werde, um eine Schädigung der Rentnerbeständen durch die Vermögenszu vermindern. Welckhoff (so.) Als Bedacht hat gegen einen allgemeinen Angriff gegen meine Partei gerichtet, indem er behauptete, mir bespitzelten die Schutzvorrichtungen. Er fügt sich dabei auf ein sozialdemokratisches Blatt. Es ist doch aber unangehörig, aus einem Fall unrichtiger Verichterhaltung auf das Verhalten einer ganzen Partei zu schließen. Herr Schmidt hat heute gegen meinen Freund Baum polemisiert. Wenn

Janer 1879 angeheime. Die Partei hat die Sozialdemokraten mit guten Rechte für die Arbeiterpartei zu schreiben. Die Partei des Herrn Schmidt hat doch wahrlich am wenigsten zur Vermittlung sozial-reformatorischer Bestrebungen beigetragen. Was mein Freund Baum über die Unfallversicherung gesagt hat, findet übrigens seine Unterbreitung in dem Bericht des Reichsversicherungsamts. Durch weitere Wortmeldung war insofern die Anfrage, wann wir die angünstigste Novelle zum Unfallversicherungsgesetz erwarten dürfen. Es wäre doch erwünscht, zu erfahren, inwiefern die Novelle die hier im Laufe last gemachten Mängel auf Ausbesserung der Versicherung auf die Ansätze der Gesamtsumme des Einkommens, auf die in Handwerksbetrieben beschäftigten Personen z. erfüllen wird.

Staatssekretär v. Bötticher: Ein bestimmter Termin für die Vorlegung der Novelle läßt sich doch nicht angeben. Was die Erweiterung des Rahmens des Gesetzes betrifft, so kann ich heute wenigstens das angeben, daß die Mängel auf Ausbesserung des Gesetzes auf das Handwerk und Kleingewerbe z. vornehmlich zu verfallen.

Scharber (frei.) Ich möchte den Wunsch ausdrücken, daß die Novelle vor ihrer Einbringung veröffentlicht werde. Verbesserungs-sähig wäre vor allem das Verfahren vor den Schiedsgerichten in dem Sinne eines freieren persönlichen Verfahrens mit den Parteien.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß eine solche Veränderung in der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vorgelegen sei. Es ist (natl.) berechtigt die Arbeiter gegen die ihnen hinsichtlich der Behandlung der Arbeiter und besonders der Ausbesserung der Unfallversicherungsvorschriften von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Sie hätten die Mittel und hätten es auch genügt die Berufsgeheimlichkeiten hätten sich der Aufgabe der Unfallversicherung mit Lust und Liebe angenommen.

Harm (so.) behauptet sich darüber, daß vielen Personen in Eberfeld, die in der Hausweberei beschäftigt seien, die Altsrenten nicht ausbezahlt und, wo sie ausbezahlt, wieder entzogen worden sei. Auch bei der Zuerkennung der Unfallrenten würden den Beschäftigten Schwierigkeiten gemacht.

Bauerlicher Bevollmächtigter Landmann bemerkt, über die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausweberei wären Erhebungen statt.

Wißler (widl.) befragt über die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Spinnerei. Inwiefern kleiner Industriebetriebe. W. (natl.) weiß nachmals die den Berufsgeheimlichkeiten gemachten Vorwürfe zurück. In den meisten Fällen, wo die Renten beantragt hätten, seien die Verhandlungen von den Schiedsgerichten anerkannt worden.

Damit schließt die Diskussion. — Das Kapitel wurde bewilligt. Ebenso der Rest des Ordinarius.

Im Extraordinarium werden 600 000 Mr. zur Erweiterung eines Grundstücks in der Klopffstraße zur Erbauung eines Dienstgebäudes für das Gesundheitsamt genehmigt.

Lucius (Reichsp.) beantragt die Höhe des Kaufpreises und giebt an, ein Grundstück in einer billigen Stadtgegend zu kaufen. Man möge auch bei der Ausstattung möglichst Sparmaßregeln einhalten lassen.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, das Gebäude dürfe nicht zu weit von den wissenschaftlichen Instituten der Universität liegen. Bei der Ausstattung des Baues werde man getreu möglichst auf Einfachheit sehen, man müsse aber doch mindestens Rücksicht auf die Gesundheit, in der es errichtet werden solle.

Die Forderung wird bewilligt. Zur Ausstattung des Reichstagsgebäudes mit Möbeln, Bedienungsgeldern, Leppizinen z. werden als erste Rate 100 000 Mark genehmigt.

Zimmermann (Antisemit) wünscht ausgebreitete Berücksichtigung der nationalen Arbeit, als es bisher bei diesem Bau gelungen sei. So habe der Statthalter zur Vergeltung der Kuppel aus Brüssel bezogen, obwohl wir in Dresden eine blühende, leistungsfähige Metallindustrie haben.

Staatssekretär v. Bötticher entgegnet, die Arbeit sei an einen deutschen Industriellen vergeben worden; woher dieser das Material im einzelnen bestelle, darüber sei der Verwaltung eine Kontrolle nicht möglich.

Die Forderung wird bewilligt. Bei der Forderung von Mr. 3 600 000 als 12 Rate für den Reichstagsbau wünscht

Abg. v. Stauffenberg (frei.) Auskunst über die künstlerische Ausstattung des Reichstagsgebäudes. Es sei im künstlerischen Interesse liegend, daß man sich zunächst hierbei Beschränkung auferlege und allmählich die besten künstlerischen Kräfte aus ganz Deutschland zu der Ausgestaltung heranziehe.

Staatssekretär v. Bötticher will die Reichsleitung in wohlwollender Erwägung nehmen. Man werde mit peinlichster Akkuratheit verfahren. Auch diese Forderung wird bewilligt.

Als 7. Rate zum Bau des Nordostflanzens werden 33 Mill. Mark genehmigt.

Abg. v. Ringens (Sent.) bricht der Regierung einen Dank für die zu gunsten der Seelotze der beim Kanalbau beschäftigten Arbeiter getroffenen Einrichtungen aus. Es habe sich gerade bei katholischen Unternehmern gezeigt, daß dieselben ein gutes Benehmen mit ihren Arbeitern zu halten verstanden. Manches könnte allerdings noch besser werden, insbesondere bezüglich der Abhaltung des Gottesdienstes.

Abg. Dr. Casselmann (natl.) führt Bedenken über die umfangreiche Veranschaulichung von ausländischem Material bei dem zum Kanal gehörigen Bauwerken. Bei einem so nationalen Bauwerk, wie der Nordostflanzensatz, müsse man das doppelte Bedenken. Der deutsche Granit und sonstiges Material sei dabei dem schwedischen vollständig gleichwertig.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, der Bezug schwedischen Granits

„Ja.“ Richard schwieg. Er sah noch nicht klar in der Sache. Entweder betrog Roland sich selbst sowohl wie Jolly oder — er belag ihn. — „Wenn's uns beiden gefällt, ein Freundschaftsverhältnis einzugehen, kann doch niemand etwas drin finden,“ meinte Roland lächelnd.

„Wie, Roland, glaubst Du das wirklich? Du hast bisher nicht so viel Selbstbeherrschung bewiesen, um mich von Deiner Standshaftigkeit einem herrlichen schönen Mädchen gegenüber zu überzeugen! Sag mir doch, hast Du Dich getrennt von Jolly getrennt, ohne sie zu küssen?“

Roland erglühete und schlug die Augen nieder. „Du antwortest nicht — also habe ich recht gehabt.“ „Ja,“ sagte Roland leise; „ich sehe ein, daß ich mich in einer Täuschung wiegte, die leicht verhängnisvoll werden konnte. Sag mir, was ich thun soll — ich will Deinem Rats folgen.“

„Es giebt nur zwei Wege, welche Du mit Anstand gehen kannst, Roland. Du reist entweder noch heute nach Amerika oder Australien ab, und siehst Jolly nie wieder, oder Du bittest sie kniefällig, sie möge Deine Gattin werden.“

„Jolly verlassen? — Nimmermehr!“ „Nun wohl — so muß sie Deine Gattin werden, Roland!“

„Meine Gattin? Richard, sie ist eine Tänzerin — die Diva der Operette.“

„Und Du — was bist Du?“ rief Richard Bane erregt aufspringend und Roland mit finsternem Blick mensend. Richard Bane erschöpfte seine Gründe, um Roland klar zu machen, wie ein Mann in seiner Lage zu handeln habe, und daß nur die Freiheit sich einzutreiben verstände, das Angenehme sei auch das Rechte. Jolly würde, vermochte Roland nicht einmal zu denken. „Ich würde direkt nach meiner An-

kunft in Amerika umkehren,“ erklärte er dem Parzer und dieser war innerlich derselben Ansicht, wenn er es auch nicht zugeben mochte. Roland erschien sich selbst wie ein Held, nachdem er den Entschluß gefaßt hatte, Jolly zu heiraten, und er verdachte es Richard, daß dieser seinen Entschluß so natürlich fand und ihn nicht darob bewunderte.

Als Roland am Abend dieses Tages mit Jolly zusammentraf, war das junge Mädchen bleich und niedergeschlagen; sie war kaum im Stande, ihre wahren Gefühle und Einstellungen gegen Roland zu verbergen, und gab dadurch Richards Ansicht recht, daß sie keine Schaulustlerin sei, sondern nur sich selbst zu spielen verstand.

„Was fehlt Dir, Jolly?“ fragte Roland besorgt, „und was hast Du an Deiner Hand?“

„Nichts von Bedeutung; hast Du nicht Deinen Freund gesprochen, seit er bei mir war?“

„Doch, Jolly, aber —“

„So wirst Du auch wissen, was mir fehlt,“ unterbrach sie ihn bitter. „Deiner Ansicht nach habe ich ja nur erlitten, was ich verdiene — weshalb folgte ich nicht Deinem Rat, meinen Vater in einer Trennungslage unterzubringen!“

„Berzäh mir, Jolly, ich will gar groufam und herzlos, als ich Dir jenen Vorstoß machte, aber ich bereue denselben, und ich bewundere Deine aufopfernde Liebe.“ Jolly blickte den jungen Mann erstaunt an, als er fortfuhr: „Was den Vorfall von diesem Morgen betrifft, so weiß ich weiter nichts darüber, als daß sich etwas ereignet hat, von dem Du nicht wünschst, daß es bekannt werden möchte.“

„Und er hat Dir nichts weiter gesagt?“

„Kein Wort, und ich habe auch nicht gefragt. Aber jetzt frage ich Dich, ob ich nichts thun kann, um Deine Trautigkeit zu geben?“

„Wer befehlt Dich darüber, daß Dein Vorstoß grau-lich und herlos war?“ fragte Jolly, nur mit ihren eigenen Gedanken beschäftigt. (Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Renormweisheit. Aus Sing schreibt man der „N. Fr. Br.“: „Wer hätte gedacht, daß Beethoven's unerfindlicher „Fidelio“ einem weisen Genie und Geistesgigant geben konnte, den Stoff in Anwendung zu bringen? Dieser Tage sollte an dem hiesigen Landestheater diese Oper wieder einmal zur Aufführung kommen und so mußte das Textbuch zur Erstellung der Aufführungsbevollmächtigung bei der Stadtverwaltung eingereicht werden. Diese wurde auch erteilt, aber der Kunstgelehrte sag in dem Zweit zwischen Pizarro und Rocco: „Der Mensch liegt daran, den bösen Unterthan aus dem Weg zu räumen,“ gedrückt. Demselben Staatsverwalter verbannt auch demselben Monolog „sein oder nichtsein“ eine zeitgemäße Meinung, indem aus der Frage: „Denn wer erträgt der Zeiten Spott, des Königs Fußtritt, verdammt die Liebe sein?“ des Königs Fußtritt in der Aufführung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ ausgesprochen wurde.

Die freie Willkür. In Berlin führte am Sonntag vor acht Tagen ein gewandter „Viertes Gebot“ auf. Die Dichtung elektrifizierte das Publikum der proletarischen Bühne, und es bestanden die Aufführungen von Schillers „Kabale und Liebe“, Fritz Reuters „Ein Käse“ und Angenranders „Vierem Gebot“ die Höhepunkte seit dem Bestehen der Freien Volkstheater. Das Ergebnis ist künstlerisch, wie sozialgeschichtlich gleich interessant.

Seiters.

Gerichtsanwaltschaft. Laut einer Notiz des „Zierfreund“ fand jüngst in Wien eine Gerichtsverhandlung statt, welche weniger durch die Straffalle geleitet, als durch eine merkwürdige Kamentollektion die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Der Beschuldigte Maximal Wolf aus Wien hatte in Wien nämlich angeklagt, weil er den Schwamm Wärr, der ihn in der Sechshunderttausend wegen Tierkultenri beanhandelt, einen Efel genannt hatte. Wie der Verteidiger hieß, weiß man nicht.

Vob. Frau. „Reizend! Du hast ja einen schönen Hauch! — Mann: „Na, Gott sei Dank, daß er zu Deiner Intimität ausgefallen ist.“

